

Monatlich
durch Boten 3,50 Mk.,
durch die Post 3,70 Mk.

erschienen täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.

Druck und Verlag
von H. G. Sommer,
Bad Godesberg und Diez.

Diezener Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 131.

Diez, Dienstag, den 15. Juni 1920.

26. Jahrgang.

Aus dem Reichsrat.

Berlin, 14. Juni. In der öffentlichen Reichsrats-Sitzung am Samstag nachmittag unter Vorsitz des Ministers Dr. Dohd wurde der umfangreiche Entwurf von Ausführungsbestimmungen zum Umfassungsgesetz angenommen. Ein Exemplar dieses Entwurfs kommt auf nicht weniger als hundert Mark zu stehen. Die Materie ist so schwierig, daß erst jetzt, ein halbes Jahr nach Veröffentlichung des Gesetzes, die Ausführungsbestimmungen fertiggestellt werden konnten. Der Ausschuss hat darüber in vier Sitzungen beraten und nochmals alle Bedenken erörtern, die gegen das Umfassungsgesetz im ganzen schon früher geäußert worden sind. Insbesondere wurde geltend gemacht, im Publikum werde man beim besten Willen die Vorschriften nicht verstehen können; ihre Durchführung wäre unmöglich und würde zu unerträglichen Härten führen; die überlasteten Steuerbehörden würden keine Kontrolle ausüben können, so daß die Ausführungsbestimmungen größtenteils auf dem Papier stehen bleiben würden. Das Reichsfinanzministerium vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß es sich um ein Experiment handle, von dem niemand wisse, ob es glücken werde. Man müsse abwarten, wie die Bestimmungen in der Praxis wirken würden, und sich eine Nachprüfung in vielleicht vier bis fünf Monaten vorbehalten. Der Versuch aber müsse gemacht werden. Die Ausschüsse des Reichsrats haben sich bestraft, Härten zu mildern und das Verfahren möglichst zu vereinfachen. Ihre Bemühungen sind aber zum Teil am Widerstand des Reichsfinanzministeriums gescheitert, so daß es nur möglich gewesen ist, auch z. B. für die wissenschaftlichen und künstlerischen Produktionen einige Erleichterungen einzuführen. Auch diese sollen bekanntlich der Zukunft unterliegen, die aber in diesem Falle nicht abgewandt werden kann. Das Finanzministerium hat darauf verzichtet, daß im neuen Reichsstatut gerade dieser Punkt weiter verfolgt werden soll.

Von der Sitzung ist weiterhin ein Antrag Preußens zu erwähnen: die Staats- und Gemeindefinanzen von der Umfassungsteuer zu befreien. Der Antrag scheiterte am Widerstand des Finanzministeriums. Es gelang nur, eine Bestimmung durchzusetzen, daß Steuerfreiheit für die von Staaten und Gemeinden unterhaltenen Theater eintreten solle, soweit es sich um solche Umfassung handelt, bei denen die Entgelte hinter denjenigen zurückbleiben, die ein Privatunternehmer für gleichwertige Darbietungen erziele. — Ferner wurde diskutiert, ob die Umfassung der Luxussteuer unterliegen sollen. Hier sind einige Ausnahmen erfolgt: z. B. wurden Taschenuhren, wie ausgenommen, weil sie schon der Zündwarensteuer unterliegen. Ebenso Photographien, die Kunstwerke wiedergeben; Privatkantinenhäuser wurden von der Herbergssteuer ausgenommen und die Steuerpflicht auf Sanatorien beschränkt.

Reichsschulkonferenz.

Berlin, 14. Juni. Die Reichsschulkonferenz hielt auch am Sonntag eine Sitzung ab. Die Aussprache über die Arbeitsschule wurde fortgesetzt. Mehrere Redner warnten vor Überforderung der Arbeitsschule. Die Volksschule sei noch keineswegs zusammengebrochen. Das Beispiel der Sonderverordnungsarbeitsschule zeige, daß man bisher nicht auf dem rechten Wege gewesen sei. Weiter wurde gesagt, jeder Schulplan sei vom Lebel. Wir müßten auch auf diesem Gebiete wieder Sucher werden. Der Direktor der Landstummenschule Reutlingen forderte Einführung der Schulpflicht für alle Taubstummen und die Verlängerung der Schulzeit. Prof. Garlick (München) empfahl gemäß den Grundsätzen der Münchener Gesellschaft für neue Erziehung die Fortschule. Hier wird der Schule ein Stück Land überwiesen, an dessen Urbarmachung die Eltern und gegebenenfalls die Angehörigen der Schüler zu arbeiten hätten. Auf dem Gebiete der Erziehung dürfe es kein Monopol geben.

Eine Heeres- und Marinekammer.

Berlin, 13. Juni. Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. Juni ist die Bildung einer vorläufigen Heeres- und Marinekammer angeordnet worden. Die Heereskammer soll eine lebendige Verbindung zwischen Zentralstelle und Truppen herstellen, die sich als dringend notwendig herausgestellt hat, nachdem während des letzten Jahres ein vielfach disziplinwidriges, unwillkürliches Verhalten im Verkehr der einzelnen militärischen Dienststellen mit dem von einem Minister befehligten Ministerium in Erscheinung getreten ist. Die Hauptaufgabe der Heereskammer soll sein, den Chef der Heeresleitung, dem sie unterstellt ist, zu beraten und ihm Gutachten zu erstatten. Außerdem hat sie in allen Gesetzesvorlagen, die die Wehrmacht betreffen, mitzugreifen und Wünsche und Anregungen der Truppe zu vertreten. Ihre Mitgliederzahl beträgt 60 Ädye, darunter 14 Offiziere. Die Mitglieder werden in geheimer Wahl gewählt, die Offiziere von Offizieren, die Unteroffiziere von den Unteroffizieren und die Mannschaften von ihren Vertrauensmännern in den einzelnen Bataillonen. Die Kammer soll dann je nach Bedürfnis in Berlin zusammenzutreten. Für Marineangelegenheiten wird eine entsprechend zusammengesetzte, dem Chef der Admiralität unterstellte vorläufige Marinekammer gebildet.

Die Sicherheitspolizei im Ruhrgebiet.

Berlin, 14. Juni. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt unternommene Polizeiaktion südlich der Ruhr hat zu sehr schönen Resultaten geführt, ohne daß die Ruhe irgendwo gestört wurde. Ueber das ganze Unternehmen, bei dem nicht ein Schuß gefallen ist, wird binnen kurzem eingehend berichtet werden. Hier nur das Ergebnis der Waffeneinsammlung

einer Woche: Vom 22. bis 29. Mai wurden durch Beschlagnahme und freiwillige Abgabe von der Sicherheitspolizei Westfalens und Westfalens entgegengenommen 1407 Gewehre, 265 Karabiner, weitere 189 Schusswaffen, 36 Maschinengewehre, 2 Flammenwerfer, 14000 Schuss Infanteriemunition, 49 Kisten Gewehrmunition sowie weitere große Mengen von Infanteriemunition und Handgranaten. Die Waffeneinsammlung hat inzwischen zu weiteren sehr guten Ergebnissen geführt, ein Beweis für die gute Organisation und Unentbehrlichkeit der Sicherheitspolizei in ihrer jetzigen Gestalt, die mit der Reichswehr nichts zu tun hat. Der amtliche Bericht fügt nachstehendes Telegramm des Regierungskommissars und Oberpräsidenten von Westfalen, Dr. Wirmeling, an den Reichspräsidenten hinzu: Ich ersuche dringend, die zugesagte Verstärkung der Sicherheitspolizei durchzuführen, die von den Stadtverwaltungen im Industriegebiet dringend verlangt wird. Die Vermehrung der Reichswehr wird von weitesten Kreisen der Arbeiterbevölkerung abgelehnt, die Sicherheitspolizei in weitesten Kreisen der Bevölkerung bis weit nach links anerkannt. Sie hat sich auch beim Unternehmen südlich der Ruhr glänzend bewährt. Blutvergießen und unnötige Verhaftungen sind durch Einsetzung der Sicherheitspolizei vermieden worden. Die Ausübung meiner Tätigkeit als Regierungskommissar während des Ausnahmestandes ist durch die mir unmittelbar unterstehende Sicherheitspolizei technisch und politisch sehr erleichtert worden.

Das Unternehmen wird, soweit mit dem Friedensvertrag zu vereinbaren, beschleunigt durchgeführt, da die Reichswehr die neutrale Zone räumen und die Sicherheitspolizei den Schutz derselben übernehmen muß.

Die schleswigsche Frage.

Berlin, 14. Juni. Beim deutschen Ausschuss in Kopenhagen ist folgendes Telegramm des Reichsministers Köster eingegangen: Die Regierung wird sich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß die dem Friedensvertrag widersprechenden Punkte aus dem Entwurf gestrichen werden. — Nach der Rostocker Zeitung treffen aus allen Städten Nordschleswigs Nachrichten von zahlreichen Ausweisungen Deutscher ein. Vielfach wurden deutsche Kaufleute nur deswegen ausgewiesen, weil sie aus dem Süden stammten. Aus Apenrade wird gemeldet, daß eine Liste von 150 auszusehenden Personen aufgestellt sei.

Um Amland.

Kopenhagen, 14. Juni. Nach einem Stockholmer Telegramm hat eine große Anzahl Gemeindeverwaltungen auf den Amlandinseln an die finnische Regierung einen scharfen Einspruch gegen die Verhaftung der Mitglieder der aländischen Abordnung gerichtet, deren sofortige Freilassung gefordert wird. Die Befragung der Amlandinseln durch finnische Militär hat bei der Inselbevölkerung die größte Erbitterung hervorgerufen. In Schweden wird diese finnische Maßregel als eine schwere Verletzung der guten Beziehungen zwischen Finnland und Schweden angesehen. Der finnische Verteidigungsminister hat einem Pressevertreter erklärt, daß die weiteren Truppenbewegungen nach den Amlandinseln, die noch beabsichtigt seien, in keiner Verbindung mit den letzten politischen Ereignissen stünden.

Das Programm für Brüssel.

London, 14. Juni. Im Auftrag des Völkerbunds haben Gustave Ador und Leon Bourgeois das Programm der internationalen Finanzkonferenz von Brüssel, die unmittelbar nach der Zusammenkunft von Spa, womöglich im letzten Drittel des Juli tagen soll, entworfen. Die Konferenz wird mit einer Rede des früheren schweizerischen Bundespräsidenten Ador eröffnet werden. Hieraus sollen die Beschlüsse der Zusammenkunft von Spa über die Entschädigung und die Regelung der Verbandsschulden mitgeteilt werden. Alsdann werden die Finanzen der teilnehmenden Staaten der Konferenz vorgelegt werden. Sie müssen folgende Angaben enthalten: 1. die Auslandsschulden eines jeden Staates, 2. seine Finanzlage und Steuerpolitik (Kotenumlauf, Besteuerungsverfahren, auswärtige Guthaben usw.), 3. die Verhältnisse seines Handels mit dem Ausland (Kredite, Einfuhrbeschränkungen, Zölle, Zolltarif, Devisenkontrolle). Es werden eingehende Erörterungen über die innere Finanz- und Wirtschaftslage eines jeden Staates folgen sowie über die Mittel zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse für die Weltwirtschaft und des internationalen Handels. Zuletzt wird auch eine bessere Verteilung der Lebensmittel und des Brennmaterials sowie der Rohstoffe und ferner die Ausbeutung der Handelskredite behandelt werden.

Die polnische Kabinettskrise.

Warschau, 13. Juni. Der Finanzminister Grabitz soll seine Reise nach London aufgeschoben haben, zumal Patek nicht als Minister des Auswärtigen, sondern mit einem Sonderauftrag des Präsidenten nach Paris reist, um die Auslösung Polens zur Konferenz von Spa zu erreichen. — Als Nachfolger für den Minister der ehemaligen preussischen Gebiete, Sebow, wird als Kandidat des Großgrundbesitzes der bisherige Chef der Posener Wirtschaftsabteilung Blaschinski genannt.

Der Verlauf, der durch den gestrigen Austritt der gesamten polnischen Regierung eingetretenen Krise ist, einwillen noch nicht übersehbar. Wahrscheinlich werden die Sozialisten am neuen Kabinetts beiläufig sein; man nennt Tadjinski für den Posten des Ministerpräsidenten, Diamant für die Finanzen. Die Vorgeschichte der Regierungskrise ist nur formell der Konflikt mit dem Landtag, der übrigens inzwischen auch schon beigelegt ist. Die wachsende Unzufriedenheit des nach dem Führer der polnischen Vorkriegsgruppe, Witos, benannten Ältesten der polnischen Volkspartei wurde schließlich dem Ministerium stillschweigend überlassen, daß es durch Bräuführung der Kabinettsmitglieder dieser Partei den Bruch herbeiführte. Unmittelbar darauf reiste Patek nach Paris. Der bisherige Finanzminister

Grabitz soll heute nach London reisen. Zum Programm eines Kabinetts der bisherigen Opposition würde der Friede mit Rußland gehören.

Kurzer Vorwand, das Blatt der bisherigen Regierung, wünscht wegen der schwierigen innern und äußern Lage des Landes, daß der demokratische Block des Zentrums mit der Linken bei der Bildung der neuen Regierung nachstehende Punkte über Parteinteressen stellen möge. Das demokratische Blatt Karob hält das Verbleiben Stulpts an der Spitze des neuen Ministeriums für nicht ausgeschlossen. Die Sozialisten werden am Samstag erklären, ob sie zum Eintritt in ein Ministerium bereit sind, dessen Programm sich auf die Demokratisierung des Verfassung und den Friedensschluß beschränkt. Das führende Sozialistenblatt Rabotnik wirft der Regierung vor, gegen den einheitlichen Willen des Landes die Agrarreform verabschiedet und die Formulierung klarer Friedensbedingungen verabsäumt zu haben. Wir würden, heißt es, wirklich, nur unter der Bedingung eines unverzüglichen Friedens eintreten.

Lenin und die englische Arbeiterschaft.

London, 14. Juni. Die britische von ihrer russischen Studienreise zurückgekehrte Arbeiterabordnung hat jetzt ihren vorläufigen Bericht veröffentlicht. Zu den Erfolgen des Ratesystems wird darin nicht Stellung genommen. Das Nahrungsproblem übertrage in Rußland die andern Fragen, und die ganze Bevölkerung, sowohl die Handarbeiter wie die Intellektuellen, seien von der Hungersnot bedroht. In dem Bericht wird der Brief Lenins an die britische Arbeiter nicht erwähnt. Dieser Brief ist der Arbeiterpartei noch nicht mitgeteilt worden. Dennoch verlautet, daß Lenin darin scharf gegen England Stellung nimmt und erklärt, er sei keineswegs erkrankt darüber, daß der Standpunkt gewisser Mitglieder der englischen Arbeiterabordnung sich nicht mit dem Standpunkt der Arbeiter, sondern mit dem des Bürgerturns vereinbare. Dieses Bürgerturn bezeichnet er als eine Klasse von Ausbeutern. Er weist ferner auf die Kaufinteressen der großen Weltbank und auf die Kaufregierungen der Allerten hin.

Politische Rundschau.

Einkerbung des Reichstages. Der Präsident der Nationalversammlung, Schrenk, dessen Aufgabe auch die Einkerbung der ersten Sitzung des neuen Reichstages ist, ist heute früh in Berlin eingetroffen. Der Tag dieser ersten Sitzung ist noch nicht endgültig bestimmt; aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie am Donnerstag den 24. Juni stattfinden.

Eine Parole gegen Erzberger. Die „Münchener Abendzeitung“ gibt für den Reichstag die Parole aus, daß, falls Erzberger im Reichstag erscheine, alle bürgerlichen Parteien geschlossen den Saal verlassen sollen.

Der Vertrag über Nordschleswig. Nach einer amtlichen Pariser Meldung hat die deutsche Regierung in einer Note an die Verbandsmächte darum ersucht, daß die Frist für die Unterzeichnung des Vertrags über Nordschleswig bis auf weiteres hinausgeschoben werde. Dazu schreibt die Berlingske Tidende: Die Festlegung der neuen deutsch-dänischen Grenze werde, gleichviel, wie die Antwort der Verbandsmächte auf die deutsche Note ausfalle, bereits in den ersten Tagen der nächsten Woche notifiziert werden. Das Blatt Social-Demokraten erzählt im Ministerium des Auswärtigen, daß alle gesonten dänischen Festlichkeiten aus Anlaß der Wiederherstellung auf unbestimmte Zeit verschoben seien. Der Einzug des dänischen Königs in die erste Zone werde vorläufig nicht stattfinden. Das Eisenbahngesetz in der ersten Zone wird die dänische Staatsbahn am 15. Juni übernehmen. — Die englischen Truppen, die während der Abkantung in Nordschleswig die Zone besetzt hielten, werden am 16. Juni zu einem zweitägigen Besuch nach Kopenhagen kommen.

Der Generalkrieg in Nordschleswig beendet. Die gestern hier unter dem Vorsitz des Administrators Haarloes geführten Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der ersten Zone in Nordschleswig haben zu einer Einigung geführt. Der Generallandstand wurde daraufhin für beendet erklärt.

Aus der Nordmark. Die Stadtverreter lehnten mit 13 gegen 8 Stimmen einen Antrag von dänischer Seite auf Bewilligung von 20 000 Kronen für die Ausbesserung der Stadt beim Besuch des dänischen Königs ab.

Streik der Stadt-Arbeiter in Düsseldorf. Die städtischen Arbeiter sind gestern in den Ausstand getreten, da ihre Forderung auf Bewilligung eines Stundenlohnes von M. 6,80 bis M. 7 von der Stadtverwaltung abgelehnt worden waren. Von den städtischen Betrieben kann einzuweisen nur das Wasserwerk seine Tätigkeit aufrechterhalten, weil die dort beschäftigten Arbeiter christlich organisiert sind, während das Gas- und Elektrizitätswerk den Betrieb einstellen mußte, sodaß die Stadt ganz ohne Licht ist. Der Straßenbahnverkehr ruht ebenfalls. Infolge des Streiks konnten auch die Beirungen nicht mehr erscheinen.

Die Gnadengefänge der Putzischen aus dem Ruhrgebiet. Von 451 durch die außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet verurteilten Personen wurden Gnadengefänge eingereicht. Bisher wurden 161 dieser Gefänge erledigt und zwar hat der Reichspräsident in 115 Fällen von dem Gnadenrecht Gebrauch gemacht und in 20 Fällen das Verzicht abgelehnt. Die Entscheidung über die übrigen Gnadengefänge wird vom Reichsjustizministerium mit aller Beschleunigung vorbereitet und ist ebenfalls binnen kurzem zu erwarten. Von den zahlreichen während der Unruhen im Ruhrgebiet verhafteten, im Einzelnen und in anderen Gefangenenanstalten untergebrachten Personen wurde inzwischen der größte Teil wieder auf freien Fuß gesetzt. Nur die gemeiner oder schwerer Vergehen oder Verbrechen Verdächtigen werden weiter im Haft behalten.

Russische Millionen für die deutschen Reichstagswahlen. Die „Morning Post“ meldet indirekt aus Moskau: Die Wahl nur weniger Kommunisten in den deutschen Reichstags hat im Moskauer Großen Sowjet zu Ermessungen geführt. Es wurde die Abberufung des bolschewistischen Beraters in Berlin, des Herrn Kowp, gefordert, dem zu Propagandazwecken 50 000 000 Rubel bewilligt worden waren. Dr. Pfeiffer doch gewählt. Eine nochmalige Nachprüfung des Wahlergebnisses hat, wie die „Germania“ mitteilt, ergeben, daß der Zentrumskandidat Dr. Pfeiffer gewählt ist.

Die Fraktionsführungen der bürgerlichen Parteien. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei tritt heute nachmittag im Reichstag zusammen. Gleichzeitig tagt die Deutschnationalfraktion. Das Zentrum berät am Dienstag vormittag. Die Demokraten werden am Mittwoch tagen. Wie einige Blätter annehmen, wollen die Demokraten erst die Stellung des Zentrums abwarten.

Eine Entführung des Kaisers? Exchange-Telegramm meldet: Infolge eines Entführungsversuches des deutschen Kaisers aus dem Schloß Doorn durch einen noch unbekannten Flieger wurden durch die holländische Regierung verstärkte Überwachungsmaßnahmen angeordnet, und mehrere verdächtige Personen verhaftet. Kein Agent der holländischen Polizei und Detektiv in Düssel überwachen die Deutschen auf diesem Weg. Der Kaiser hat seit letzter Woche nicht mehr das Recht, das Schloß zu verlassen, bevor er den Kommandanten der Polizeitruppen benachrichtigt hat.

Die in Ägypten internierten Deutschen. Im britischen Oberhaus antwortete der Vertreter des Kriegsministeriums auf eine Anfrage über die Behandlung der Palästina-Deutschen, die Zahl der in Ägypten internierten Deutschen betrage noch 450. Es sei möglich, daß eine Anzahl davon nach Deutschland zurückkehren. Die militärische Beziehung Palästinas werde nicht mehr lange dauern.

Der Anschlußgedanke in Salzburg. Wie die Neue Freie Presse meldet, sah die Salzburger Landtag gestern folgenden Beschluß: „Der Landesrat wird beauftragt, den Anschluß an Deutschland bezüg. an Bayern nach wie vor energisch weiterzuerfolgen.“ Es wurde getrennt abgestimmt, die Worte „bezüg. an Bayern“ bildeten einen zweiten Antrag, der ohne die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde. Die Sozialdemokratische Partei kennzeichnet ihren Standpunkt dahin, daß sie nur für den Anschluß der ganzen Republik an das Deutsche Reich und nicht für den länderspezifischen Anschluß eintrete.

Die Handelsflotte. In der Kammer erklärte ein Regierungsbekannter: Vor dem Krieg umfaßte die französische Handelsflotte 2650 000 Tonnen; durch die starken Verluste ist sie auf 1450 000 Tonnen zurückgebracht worden. Bis jetzt sind 980 000 Tonnen neu hinzugekommen. Hinzuzurechnen sind noch Schiffe aus Deutschland, Österreich, Brasilien, England und sonstiger Herkunft, jedoch die Handelsflotte ungefähr 3550 000 Tonnen betragen wird. Zusätzlich der Bestellungen und abzüglich der schlechten Schiffe hofft man, den Bestand auf 4300 000 Tonnen bringen zu können. Die Angelegenheit der an Holland verkauften deutschen Schiffe ist dem Wiedergutmachungsausschuß zur Erledigung überwiesen worden.

Die Besorgnisse der Ententeländer. Nach einer Habermeldung aus Washington vom 10. Juni hat Oberst Houze einen Brief nach Europa verfaßt. Er beabsichtigt, wie er sagte, persönlicher Angelegenheiten wegen nach Europa zu reisen. Nach dem New York Herald soll Oberst Houze von europäischen Staatsmännern zu dieser Reise veranlaßt worden sein, weil sie fürchten, daß Amerika sich täglich mehr und mehr von ihren Heimatländern entferne. Oberst Houze habe die Absicht Frankreich, England, Belgien, Deutschland, Holland, die Schweiz, Polen und die Tschecho-Slowakei zu besuchen.

Attentat auf Essad Pascha. Heute nachmittag kurz nach 1 Uhr gab ein 25-jähriger Albaner namens Abent Nushan auf Essad Pascha, den ehemaligen Gouverneur Albanien und jetzigen Vorsitzenden der albanischen Delegation in Paris, in dem Augenblick, in dem dieser das Hotel Continental verließ, zwei Revolverschläge ab. Essad Pascha wurde getötet. Der Mörder wurde verhaftet. Er erklärte, daß er seine Vorgesetzten habe töten wollen für die Gelder, die ihnen Essad Pascha zugesagt habe.

Wahlerfolge der Sinn-Zeiner. Bei den Wahlen für die Armenräte in den verschiedenen irdischen Grafschaften haben die Sinn-Zeiner einen großen Erfolg errungen. Die unabhängigen und gemäßigten Kandidaten sind geschlagen worden, und die Arbeiterpartei hat viel weniger Mandate errungen, als man erwartete. Sogar im unionistischen Ulster hatten die Sinn-Zeiner einen weiteren Erfolg. In den Grafschaften Fermanagh und Tyrone sind die Unionisten jetzt in der Minderheit.

Eisenbahnerstreik. Die Zeitungen vernahmen aus Cremona, daß dort die Eisenbahnen in den Ausstand getreten sind, weil der Bahnbesitzer vorband einen nach Terni bestimmten Munitionszug abgehen ließ. Die Eisenbahner von Mailand sind in den Solidaritätsstreik eingetreten. Es treffen noch Jüge ein, aber es scheint keine ab. Die Behörden haben den Bahnhof von Mailand besetzen lassen. Bis jetzt sind noch keine Zwischenfälle vorgekommen.

Der Sonderfriede des republikanischen Staatsprogramms. Unter meldet aus Chicago: Der Anschluß des republikanischen Staatskonvents hat die Resolution betr. den Sonderfrieden als Leile des republikanischen Parteiprogramms angenommen.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat. Neuer Senator Harding (Ohio), wurde vom republikanischen Konvent zum Präsidentschaftskandidaten gewählt. Bei der letzten Abstimmung erhielt Harding 692 Stimmen, Wood 156, Landon 11. Nach einer weiteren Meldung wurde zum Kandidaten für die Vizepräsidentschaft der Gouverneur des Staates Massachusetts, Coolidge, gewählt.

Der republikanische Nationalkonvent. Auf dem republikanischen Nationalkonvent wurde Senator Lodge zum endgültigen Vorsitzenden gewählt. Die sogenannten „unveröhnlichen“ Senatoren hatten offen gedroht, aus der Partei auszutreten, wenn diese sich nicht ausdrücklich gegen den Balken erklärte, stimmten dann aber einem Kompromiß zu, wonach in das Parteiprogramm eine Erklärung für ein neues internationales Abkommen und einen Gerichtshof zur Beilegung aller internationalen Streitigkeiten beigefügt wurde. Das vorgeschlagene Parteiprogramm wurde dann angenommen.

Lärmjungen im Prager Parlament. In der Sitzung vom 10. Juni des Abgeordnetenhauses kam es während der Rede des slowakischen Abgeordneten Juriga zu großen Tumulten; Juriga kritisierte scharfsinnig die tschechische Vorherrschaft in der Slowakei und erklärte, daß seine Partei auf Grund des Pittsburger Vertrags auf der weitestgehenden Autonomie für die Slowakei bestuhe, und daselbe

auch für Böhmen, Mähren und Schlesien verlange. Die Bemerkung des Redners, daß eine tschecho-slowakische Sprache nicht bestehe, rief einen nichtendenden furchtbaren Lärm hervor. Der Vorsitz des Hochvertrats, den man gegen seine Partei erhebe, sei eher an die Adresse höherer Stellen zu richten, die den Pittsburger Vertrag unterschrieben hätten, der auch gehalten werden müsse. (Der Pittsburger Vertrag ist das 1918 von Masarok mit der amerikanischen Regierung abgeschlossene Abkommen, das den Tschechen völlige Autonomie zusagte.)

Der polnische Sieg an der Beresina. Der bereits kurz erwähnte polnische Heeresbericht vom 10. Juni besagt: Die am 10. Mai begonnene große Schlacht an der Beresina, die von beiden Seiten mit großer Kräfteanstrengung geführt wurde, ist gestern mit unserem endgültigen Siege abgeschlossen worden. Der Feind, der vor der Front des Generals Sosnkowski gegen Divisionen konzentriert hatte, bemächtigte sich am 9. Juni auf neue, die Initiative in seine Hände zu bekommen und schickte alle seine verfügbaren Kräfte zum Angriff heran. Es entwickelten sich blutige, hartnäckige Kämpfe, hauptsächlich um den Abschnitt der 8. Infanteriedivision und des Generals Sosnkowski. Während dieser Kämpfe wechselten einzelne Erschöpfungen mehrmals den Besitzer. Endgültig war der Gegner schon am 8. Juni abends auf der ganzen Linie abgewiesen. Am 9. Juni gingen unsere Truppen zum Angriff über und schlugen entsetzlich das Gros der feindlichen Kräfte, das an die Linie des Flusses Kut zurückgeworfen wurde. Dieser wurden über 300 Gefangene und 57 erbeutete Maschinengewehre gezählt.

Kiew von den Polen geräumt. Nach einer Meldung des „Matin“ aus London berichtet der „Observer“, die Polen hätten am Freitag Kiew geräumt. Die bolschewistische Kavallerie habe einen Kilometer hinter Kiew ihre Verbindung abgeschnitten.

Gegenrevolution in Sowjet-Rußland? In Moskau wurde ein Moskauer Funkpruch aufgefunden, wonach in Rußland die Gegenrevolution ausgedehnt sei. Trotz soll ermordet worden sein. Lenin sich um der Flucht befinden. Eine neue Regierung soll sich unter Brjussilow gebildet haben.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

1. Weiburg, 14. Juni. Die hiesige Wetterstelle schreibt: Die kalte Witterung der letzten Zeit, die ihre Ursache in den bei uns wehenden aus dem hohen Norden stammenden Winden hatte, hat ihren Höhepunkt in dem Ausreten von leichten Bodenschneefällen erreicht. Die schon am Nachmittag und Abend des 7. Juni herrschende niedere Luftwärme sank infolge der durch die abends eintretende Bewölkung abnahme vergrößerten Wärmeabstrahlung der Erde teilweise bis unter den Gefrierpunkt. Naturgemäß traten die tiefsten Wärmegrade in den Talgängen auf, da die kalte und daher schwere Luft nach unten sinkt. Doch blieben die Bodenschneefälle besonders auf das mittlere Tal, und keine Nebenschneefälle, richtete hier aber an Bäumen, Gärten, Kartoffeln usw. erheblichen Schaden an. Da jetzt mit steigender Tageswärme zu rechnen ist, werden die nächtlichen Temperaturen nun weniger tief sinken, so daß jetzt keine Froste mehr zu erwarten sind.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Personalien. Kaufmann Karl Kassine bisher Vertragsangehelfter der Versorgungsstelle Oberlahnkreis, wurde mit dem 1. April 1920 zum Assistenten dieser Versorgungsstelle ernannt.

Kurttheater. Der Dichter der „Raschhoffs“ verzichtet von vornherein darauf, die weltbedeutenden Vertreter zu etwas anderem als zum Scherzspiel einzurufen. Sondern menschlichen Handlung zu machen mit all ihrer dero-n Realistik, mit all dem feinen, sprühenden Raffinement der Verschleierungen und Andeutungen, freilich auch mit einer gewissen krankhaften Tendenz gerade des Negativen, Verleumdende an die bestbeleuchtete Stelle zu rücken. Immerhin — in einer Zeit, die aus Prinzip verneint, die durch die Brille eines lähmenden Pessimismus nur die Nachtseiten von allem zu sehen sich bemüht, realisieren die „Raschhoffs“ — es auch nur in Schlaglichtbeleuchtung — wenigstens den ethischen Willen zum Glauben an die Macht der Güten im Menschen. Wenn man dem Entschluß Bailly's nach der Unterredung mit Edith, ein anderer beherer Mensch zu werden, trauen darf — so dürfte die „Raschhoffs“ ohne Zweifel einen gewissen Höhepunkt Suedermann'scher Theaterkunst darstellen. Charakterzeichnung ist von jeder der Proben des Dramatikers. Suedermann v. rief es, Kraft- und lebensfrohe Gestalten auf die Bühne zu stellen und daneben die geheimnisvollen Regungen des großen Misset, „Wen'schenherz“ zu erschauen und Einfühlung auszuenden. Besonders Herr Springer in der Rolle des alten Raschhoff war eine solche lebensfrohe Gestalt. Der Darsteller verstand es in einer geradezu lobenswerten Weise, diesen polternden, dickköpfigen, im Grunde jedoch gutmütigen alten Herrn wiederzugeben. Der Dialekt war zwar in wenig stark Berlin. Der echte Sohn seines dickköpfigen Vaters war Bernhard, wiedergegeben von Herrn K. n. n. n. n. Ein feinfühliges Empfinden und ein ganzes Aufgehen in seiner Rolle sicherten ihm einen vollen Erfolg. Fräulein Brand als Wally Friedrich verstand es, in talantvoller Weise das wahre Gesicht einer Dame der Halbwelt wiederzugeben. Ihren Rollen gerecht wurden auch Fräulein W. r. n. n. n. n. n. als Edith und Fräulein L. h. r. n. n. n. als Charlotte. Das ganze Spiel zeugte von einer gut geleiteten Einstudierung und viel Liebe zur Sache. Im Interesse des Ganzen wäre ein besserer Besuch wünschenswert.

Aus Nassau und Umgegend.

Eisenbahn. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. abgelehnt, die vom Roten Kreuz beantragte Fahrpreisermäßigung zum Besuche unseres Wandermuseums eintreten zu lassen.

Auszeichnungen. Für langjährige (30, 40 und 50 Jahre) treue Dienste bei dem hiesigen Kurhause erhielten von der Handelskammer Ehrenurkunden folgende Personen: Fräulein Dünning, Maschinenführer, Bademeister Weimar, Hausdiener Kregelius, Obergärtner Weimann, Jährmann Biegel, und die Arbeiter Loy und Philipp Schirm.

Viehählung. Bei der am 1. Juni stattgefundenen Viehzählung wurden in Nassau gezählt: 246 viehhaltende Haushaltungen, 58 Pferde, 118 Stück Rindvieh, 50 Stück Kühe und Jungvieh, 275 Schafe, 115 Schafweide, 301 Ziegen, 1278 Stück Federvieh.

Aus Ditz und Umgegend.

Stichtversuch. Die Freiheit wieder zu erlangen, versuchte am Samstag morgen ein erst vor wenigen Tagen ins hiesige Zuchthaus verbrachter Sträfling. Es gelang dem sofort neubellenden Ausreißer mit Unterstützung eines Offiziers der Wachungsarmee den Ausreißer nach kurzem Wettlauf wieder einzufangen.

Verkaufwechsel. Eisenbahnkreiner (Mühlbauer) Herr Wilhelm Mann hier verkaufte sein Wohnhaus Schaumburgerstraße hier für 45 000 Mark an Herrn Schmidt aus Seelburg. Stattdessen erwarb der Verkäufer von Herrn Mühlbauer Pfeiffer in Ditz eine Mühle im Dautal mit zugehörigen 8 Morgen Acker, Wiesen und Waldland für 25 000 Mark. Herr Mann eröffnet in der mehrere Jahre stillgestandenen Mühle wieder den Betrieb.

Sitzung der Stadtverordneten

am Dienstag am 14. Juni 1920.

Anwesend 12 Stadtverordnete, am Magistratspräsidenten. Stadtd. Schöfer hat sein Mandat niedergelegt. Die Versammlung entscheidet, daß die von Schöfer hierfür vorgebrachten Gründe stichhaltig sind und gibt ihre Zustimmung.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten, die mit Punkt 1. Vorlage des Haushaltsplanes für 1920 beginnt. Es ist für die Stadt äußerst schwer, einen Plan für 1920 aufzustellen, da alles recht unklar ist. Die Vorlage erfolgt deshalb auch äußerst spät. Ob die angestrebten Vereinfachungen sich in der Praxis halten lassen, muß man abwarten. Der Voranschlag ist schätzungsweise mit einer Einnahme von 2539 111,65 Mk. und einer Ausgabe von 2621 105,95 Mk. Er weist also schon ein Defizit von 65 249,30 Mk. auf. Wie dieses gedeckt wird, darüber ist man sich heute noch nicht klar. (Wir behalten uns vor, in einer der nächsten Nr. einen eingehenden Bericht über den Voranschlag zu veröffentlichen. Schriftl. / Stadt.) Die Vorlage weist auch auf die Anstreichung der Lage hin und stellt den Antrag auf Überweisung an die Finanzkommission. Stadtd. Vorst. Thomas verweist eine genauere Verteilung der Beamtengehälter. Vom Magistrat antwortet Stadtd. Gasteier, daß zur Feststellung der Besoldungsordnung eine gemischte Kommission gebildet werden soll, in die die Stadt-Verammlung 3 Vertreter entsenden. Hierüber hat der Magistrat noch einen besonderen Dringlichkeitsantrag. Es erfolgt sodann Überweisung an die Finanzkommission.

Der Punkt 2. die Gemeinderrechnung für 1917, wird ohne Debatte ebenfalls an die Finanzkommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

Punkt 3 der Tagesordnung bringt Aufwendungen zur Behebung der Wohnungsnot. Das Haus Linsenstr. 1 soll instand gesetzt werden. Hierzu sind 2650 Mk. notwendig. Es sind von den 26 500 Mk. über 2000 Mk. von der Stadt zu decken. Stadtd. Gasteier, der als Leiter des Wohnungsamtes entwickelt hierbei ein Bild von der außerordentlichen Wohnungsnot in unserer Stadt. Sie hat sich seit der Einrichtung des Wohnungsamtes nicht verringert, sondern ist weiterhin gestiegen. Zur Zeit haben wir 93 Wohnung suchende, hiervon haben 43 eine Wohnung erhalten. Es liegen aber noch weitere Anmeldungen vor. Es muß noch sehr vieles zur Verringerung getan werden. Stadtd. Gasteier bittet dringend um Annahme der Vorlage. Stadtd. Gasteier fragt an, ob nicht ein Teil der Kosten auf Besoldungskosten oder sonst auf das Reich übernommen werden könnten. Hieran wird geantwortet, daß alles versucht werde. Stadtd. Thomas meint, das Reich sei verpflichtet, der Stadt zu helfen. Die Vorlage wird angenommen.

Unter Punkt 4 erfolgt Annahme des in letzter Sitzung an den Magistrat zurückverwiesenen Vertrages betr. des Friedhofsaufsichters Null.

Bei Punkt 5 wird die geforderte Erhöhung der Gebühren für das Begräbnispersonal als angemessen anerkannt und wie folgt genehmigt: Für Bestattung eines Grabes seither 12 Mk., jetzt 20 Mk., für ein Kindergrab seither 4 Mk., jetzt 8 Mk., für die Beisetzung seither 4 Mk., jetzt 8 Mk., für den Friedhofsaufsicht seither 2 Mk., jetzt 4 Mk.

Punkt 6 betrifft die Übernahme einer weiteren Bürgschaft zur Förderung des Kleinwohnungsbaues. Stadtd. Schöfer, Kassner, braucht zur Veranschaulichung des ehemaligen Brauereigebäudes in Wohnung noch 12 000 Mk., für welche die Stadt Bürgschaft leisten soll. Das Kapital von 14 000 Mk., für das die Stadt schon Bürgschaft geleistet hat, hat nicht ausgereicht. Es entsteht eine längere Debatte, nach welcher dem Antrag des Magistrats zugestimmt wird.

Punkt 7, Erhöhung der Steuerungsbezüge für den Gemeindeförster, wird mit 90 Mk. Anteil der Stadt für 1919 und 235 Mk. für 1920 genehmigt.

Unter Punkt 8 werden der Gemeinde-Friedhof 200 Mk. für Bestattung eines Zigeuners nachgewilligt. Bei Punkt 9 wird die Zuvendigung von 1000 Mk. für den Neubausfonds der Kleinkinderschule aus Anlaß ihres 50-jährigen Bestehens bewilligt.

Zu 10 wird der Anschluß der an der Kullerstr. liegenden, aber zu Heilshaus gehörenden Besitzungen, Frau Schupp usw. an das Elektrizitäts-Ordnung und die damit verbundenen Kosten von 400 Mk. genehmigt.

Bei Mitteilungen wird zuerst der Dringlichkeitsantrag des Magistrats betr. Bildung einer Kommission für die Vertretung der Besoldungsordnung auf die Tagesordnung erhoben und die Stadtd. Reinhard und Pfeiffer in die Kommission gewählt.

Weiter erfolgt die Verlesung eines Schreibens betr. der Straßenreinigung, welches ein Protest gegen das Vorgehen der Polizei an einem der letzten Sonntage, wo zahlreiche Hausbesitzer wegen mangelhafter Straßenreinigung Strafe genommen wurden, darstellt. An die Stadtd. Versammlung wird hierbei das Ersuchen gestellt, die Strafe rückgängig zu machen. Hierfür ist sie aber nicht zuständig. Es entspinnt sich eine längere Debatte hierzu. Die bestehende Vorschrift kann vorläufig nicht geändert werden.

Weiter beschäftigt die Kartoffelversorgung noch eingehend die Versammlung. Die Kommissanten, die auch die Stadt hier vor kurze Entschlüsse gestellt, die ein großes Risiko für die Stadt bedeuten. Am 15. Juni sollen die Bestellungen auf die Kartoffeln des Jahres schon abgegeben werden. Die Art der diesjährigen Kartoffelversorgung bedeutet eine teilweise Abkehr von der Abgabebewirtschaftung. Die Genossenschaften sollen für die Verteilung 120 Millionen Zentner aufbringen, die übrigen können sodann nach dem 1. August freihändig gekauft werden. Nun kann der Fall eintreten, daß die freihändig verkauften Kartoffeln billiger werden durch größere Abgibt. Die Stadt kann also nur das bestellen, was von den Verbrauchern angegeben wird und nicht mehr, da sie sonst Gefahr laufen könnte, sie nicht los zu werden.

Nur den Verbraucher gilt es zu unterstützen, ob er jetzt stellen will, oder abzuwarten bis zum 1. August. Es folgt eine längere Aussprache, Allgemein ist man der Ansicht, daß die Zeit zur Anmeldung viel zu kurz sei.

Schluss 7.15 Uhr.

